

V e r m e r k

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterand im Rahmen eines Frühstücks am Samstag, dem 27. Juni 1992

Der Bundeskanzler spricht zunächst den vorliegenden Entwurf der Schlußfolgerungen des ER und insbesondere die Frage der Verdoppelung der Strukturfonds an. Er sei nachdrücklich dagegen, jetzt Zahlen festzuschreiben.

Staatspräsident Mitterand erwidert, er sei in dieser Frage flexibler und habe eigentlich keine Einwände gegen die vorliegenden Formulierungen.

Der Bundeskanzler erklärt, ihm mache die Entwicklung in Jugoslawien große Sorge.

Staatspräsident Mitterand erwidert, er teile diese Sorge. Die ganze Welt schaue auf die Europäische Gemeinschaft, obschon dies in Wirklichkeit noch nicht unsere Zuständigkeit sei.

Der Bundeskanzler stimmt zu und fügt hinzu, andererseits werde an der Behandlung dieser Frage auch das Ergebnis des ER gemessen.

Auf die entsprechende Frage des französischen Präsidenten erklärt der Bundeskanzler, wir leisteten in Jugoslawien humanitäre Hilfe in großem Umfang, könnten uns aber aus den bekannten Gründen nicht an militärischen Aktionen beteiligen.

Staatspräsident Mitterand erklärt, der deutsche Außenminister habe sich in dieser Frage eindeutig geäußert und es gebe auch einen Vorschlag von Ministerpräsident Andreotti, den er interessant finde. Andererseits gebe es aber einige Leute, die in dieser Frage Versteck spielten. Dies gelte insbesondere für die USA. Außenminister Baker mache große Ankündigungen, aber es stecke nicht viel dahinter.

Aus seiner Sicht könne man allenfalls sehr beschränkte militärische Ziele verfolgen. Ein darüber hinausgehender Einsatz wäre höchst prekär und könnte in ein zweites Vietnam münden. Die gleichen Zeitungen, die jetzt für ein Eingreifen plädierten, würden dann eine Kehrtwende vollziehen.

Wenn, dann komme wie gesagt, nur ein begrenztes militärisches Eingreifen in Frage und insofern begrüße er den Vorschlag von Ministerpräsident Andreotti. Aber die Durchführung dieses Vorschlags sei sehr schwierig.

Man könne beispielsweise an eine Seeblockade denken, aber viel mehr könne man nicht machen. Dies wüßten im übrigen auch die Serben.

Die Serben könnten nicht im Ernst glauben, daß sie auf Dauer Bosnien-Herzegowina besetzen könnten. Es werde gesagt, daß die Serben derzeit nur Zeit schinden wollten, um die Bevölkerung umzusiedeln. Nach einer solchen Umsiedlung würden sie sich vielleicht weniger aggressiv verhalten.

Der Bundeskanzler erklärt, dies bezweifele er.

Staatspräsident Mitterand fährt fort, er habe eine Botschaft des Präsidenten von Bosnien-Herzegowina erhalten und habe auch mit französischen Vertretern gesprochen, die jüngst in Sarajevo gewesen seien. Es gebe demnach viele Serben, die unter der Fahne von Bosnien-Herzegowina gegen andere Serben kämpften.

Er sei besorgt wegen der Haltung des kroatischen Präsidenten. Offenbar verfolge dieser das Ziel, in Abstimmung mit den Serben Bosnien-Herzegowina aufzuteilen. Er sehe nicht, wie man das verhindern könne.

Der Bundeskanzler erklärt, er habe Präsident Tadjman einen deutlichen Brief in dieser Frage geschickt. Wenn dieser tatsächlich Teilungspläne verfolge, könne er nicht länger auf wirtschaftliche Hilfe hoffen. Im übrigen müsse man sehen, daß das eigentliche Elend erst nach dem Krieg kommen werde.

Staatspräsident Mitterand erklärt, man müsse etwas pädagogisch mit der Presse umgehen, die der Gemeinschaft vorwerfe, daß sie unfähig sei, die Frage zu lösen. Demgegenüber müsse man klar sehen, daß es eine gemeinsame europäische Außenpolitik noch nicht gebe und eine gemeinsame Militärpolitik erst im Entstehen sei. Schließlich müsse man bei allen Überlegungen die Erfahrungen im Vietnam-Krieg und auch im Libanon vor Augen haben.

Frankreich habe seinerzeit auf Bitten von Präsident Reagan 1.000 Mann in den Libanon geschickt, um die Amerikaner zu unterstützen. Man habe nach wenigen Monaten 150 Soldaten verloren. Dann sei man zum Rückzug gezwungen gewesen.

Er habe keine Lust, sich noch einmal in ein solches Abenteuer zu begeben, es sei denn, es handele sich um eine militärische Auseinandersetzung, in der jeder seine Mittel ohne Hintergedanken einsetze. Er frage sich zum Beispiel, was die USA und die Briten in Wirklichkeit wollten.

Der Bundeskanzler erklärt, man dürfe im übrigen nicht die enormen Probleme einer militärischen Auseinandersetzung aus den Augen lassen. Die Serben seien erprobte Partisanen.

Staatspräsident Mitterand stimmt dem zu und erklärt, außerdem habe man es mit einem äußerst schwierigen Gelände zu tun. Er wolle daher noch einmal sagen, daß man allenfalls einen begrenzten Einsatz wagen könne, aber unter keinen Umständen den Krieg ausweiten dürfe. Im Grunde genommen blieben also als einzige Mittel wirtschaftliche und politische Sanktionen.

Der Bundeskanzler wirft die Frage auf, welche Rolle Rumänien und Griechenland spielten.

Staatspräsident Mitterand erklärt, in der Tat schickten die Griechen Stoßgebete zum Himmel, damit die Serben erfolgreich wären und dann für sie die Arbeit in Mazedonien erledigen könnten.

Der Bundeskanzler erklärt, möglicherweise könne in der derzeitigen Lage eine Seeblockade in der Tat hilfreich sein.

Staatspräsident Mitterand erwidert, er werde gleichzeitig noch einmal überlegen, was Frankreich diplomatisch gegenüber Serbien tun könne. Möglicherweise sollte man noch einmal eine Demarche durchführen. Es werde für die Serben zunehmend schwieriger, wenn sie sich mit allen herumprügelten.

Das Gespräch wird sodann über GATT fortgesetzt (siehe Vermerk AL 3).

*Hartmann*

(Dr. Hartmann)